

# Die Vollgeld-Reform und ihre Autoritäten

Jörg Baumberger

Die Vollgeld-Propaganda enthält zahllose Referenzen auf z.T. bekannte, z.T. weniger bekannte Autoritäten und Studien, welche in Vergangenheit und Gegenwart vollgeldähnliche Reformprojekte unterstützten bzw. zu unterstützen scheinen. Einige dieser Bezüge muten den kritischen Leser und Hörer etwas seltsam an.

Bekanntlich besteht der (in Vollgeld-O-Ton) 'unwiderstehliche Charme' der Vollgeld-Reform in den nach erfolgter Umstellung jährlich an Fiskus oder 'Bürger' nach einem politisch bestimmten Verteilungsschlüssel verschenkbaren 5 bis 10 Milliarden Franken - Beträge, welche einem Vielfachen der heutigen Gewinnausschüttungen der SNB an den Staat entsprechen. Nicht minder zum Charme zählen die in den ersten ein oder zwei Jahrzehnten noch zusätzlichen insgesamt ca. 300 Geschenkmilliarden für die total schmerz-, verlust-, steuer- und inflationsfreie Tilgung der gesamten schweizerischen Staatsschuld von Bund, Kantonen und Gemeinden. Für die wissenschaftliche Untermauerung mindestens der eingangs erwähnten 5 bis 10 jährlichen Milliarden verweist die Vollgeldkampagne auf eine am 31. Januar 2017 publizierte Studie der Copenhagen Business School und der New Economics Foundation. Einem Schweizer Ökonomen fiel bei der Lektüre der Studie auf, dass die Zahlen der dort für die Schweiz und andere Länder errechneten Manna unmöglich auf der in der Studie abgedruckten zentralen Gleichung des Modells beruhen konnten. In Beantwortung einer diesbezüglichen Verständnisfrage erkannten die Autoren ihren Fehler und korrigierten die Gleichung bereits im Mai 2017 – allerdings ohne dem Papier einen Hinweis auf die Korrektur anzufügen. Weder der Fehler noch dessen Korrektur scheinen dem wissenschaftlichen Beirat aufgefallen zu sein, so dass die Kampagne weiterhin die alte Version aufgeschaltet hat (<https://www.vollgeld-initiative.ch/aufsaeetze/>). Ob die nunmehr mit der neuen Gleichung übereinstimmenden Berechnungen wirklich den der 'Allgemeinheit' unter Vollgeld dereinst netto gratis und franko zufallenden inflations- und schmerzfrei verteilbaren Netto-Seigniorage-Betrag abbilden, bleibt indessen nach wie vor eine offene Frage, nicht zuletzt, da die Autoren offensichtlich annehmen, der von den Banken erbrachte Service sei total kostenlos und bilde eine ohne die geringsten volkswirtschaftlichen Kosten in bar auf Staat und Bürger übertragbare Rente dar, welche die Banken bislang ohne die jede eigene Leistung in ihre Taschen gesteckt hätten.

Andere Verweise auf Autoritäten muten ebenfalls etwas seltsam an. So liest der interessierte Leser nach wie vor, dass Island sich 'auf dem Weg zum Vollgeld' befinde und die Schweiz sogar noch überholen könnte. In Wirklichkeit ist der im März 2015 publizierte Bericht in Island längst endgültig ad acta gelegt, wie der für den Bericht zuständige ehemalige Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des isländischen Parlaments, Frosti Sigurjonsson, (mit Bedauern) bestätigt.

Weitere in der Propaganda ebenfalls angerufene Kapazitäten frappieren den geneigten Leser ebenfalls. So lässt sich z.B. Thomas Mayer, der ehemalige Chefökonom der Deutschen Bank und bekennende Staats skeptiker vernehmen, er unterstütze das Vollgeldprojekt, fordere aber: „Als danach folgender Schritt sollte allerdings die Privatisierung des Geldes stehen, denn nur dadurch können wir den staatlichen Leviathan nachhaltig eindämmen.“ Teilt die Vollgeld-Gemeinschaft diese Vision wirklich? Die Mayersche (leicht wirre) ‚Neue Ordnung des Geldes‘ klingt wirklich nicht ganz nach der ausgesprochen staatsoptimistischen schweizerischen

Vollgeldvision, die den ‚unwiderstehlichen Charme‘ der Reform genau in der Verteilung von Milliarden an Mayers gierigen staatlichen Leviathan erblickt und sicher alles andere als die Privatisierung des Geldes und eine Vielzahl von ‚Zentralbanken‘ herbeiwünscht. Derselbe Experte erklärt anderswo, dass unter dem von ihm unterstützten Vollgeldregime Devisenmarktinterventionen der Zentralbank nicht mehr möglich wären (FuW 22.05.2018), und dass bei Wechselkurssturbulenzen (die bekanntlich selten von der Schweiz, sondern in der Regel von ausländischen Eruptionen herrühren) unter dem Vollgeldregime nur noch administrative Kapitalverkehrskontrollen möglich wären. Diese Aussagen verdienen in der Tat reflektiert zu werden im Zusammenhang mit einer Reform eines qua ‚Finanzplatz‘ tief in die Weltkapitalmärkte eingebetteten Landes: Kapitalverkehrskontrollen, also keine grenzüberschreitenden Kapitalverkehrstransaktionen mehr ohne vorgängige administrative Genehmigung, wie in den 1930er Jahren? Ein solches Szenario könnte möglicherweise einige kapitalismuskritische Unterstützer der Vollgeld-Community ansprechen, aber weniger Leute, die in freiem Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr einen Wohlfahrtsfaktor der Schweiz zu erblicken vermögen.

Eine weitere angerufene Autorität bilden z.B. die (vom IWF mit einem fetten Disclaimer versehenen) Studien der beiden IWF-Ökonomen Michael Kumhof und Jaromir Benes, denen nach dem V-Day eine permanente Steuerung des privaten Bankensystems via eine permanent dominante Finanzierung und damit Lenkung des Bankkredits durch die Zentralbank vorschwebt, eine Vision, welche unter dem Vollgeld-Regime durchaus realistisch erscheint, nach den Beteuerungen der Schweizer Vollgeld-Kampagnenführer jedoch eine unbegründete Horrorvision der Vollgeldkritiker darstellt.

Etwas ratlos lässt den interessierten Stimmbürger und Ökonomen auch die Äusserung eines Mitglieds eines akademischen Beirats der Kampagne, der ausdrücklich erklärt, er wüsche eigentlich nicht, dass die Initiative umgesetzt werde, weil sie auf einer ‚conception erronée de la monnaie‘ beruhe und u.a. die unerlässliche Endogenität des Geldes ignoriere. Er stimme aber trotzdem mit Ja, damit ernsthaft über vernünftige Geld- und Finanzreformen debattiert werde, also quasi nur als Denkanstoss. Nicht zuletzt überrascht in der Kampagne die Anrufung eines anderen Ökonomen als Kronzeuge der Initiative, der zwar mit der – für Laien skandalösen, für Ökonomen trivialen - Feststellung, Banken ‚schöpften‘ Kredit und Geld ‚aus dem Nichts‘, gutes Bekanntheitskapital zu ‚schöpfen‘ scheint, in seinem Buch ‚Geld aus dem Nichts‘ jedoch eindringlich vor Illusionen über das Vollgeldsystem warnt, namentlich – und hier in perfekter Übereinstimmung mit vielen Vollgeldgegnern – vor Illusionen über die politische Unabhängigkeit der durch die Zentralbank zu verkörpernden Vierten staatlichen Gewalt.

Etwas verwirrt lässt den Hörer schliesslich auch das statement des Westschweizer-Vollgeld-Sprechers, Patrick Dimier in einer Debatte im Forum des RTS-Radios vom 17. April. «L’initiative vise à protéger les comptes d’épargne puisqu’ils sont des dépôts. » Im St. Galler Tagblatt vom 4. April schrieb ein Redaktor ungefähr dasselbe auf Deutsch, wurde aber umgehend durch einen Leserbrief von Reinhold Harringer zurechtgewiesen, der (getreu dem Initiativtext) unterstreicht, dass die Auslagerung der Sparkonten in die (nominell!) hundert Prozent sicheren Vollgeldvehikel eben gerade nicht dem Vollgeld-Plan entspreche: «Die Gelder auf den Sparkonten (...) werden für die Banken weiterhin die wichtigste Quelle für ihre Ausleihungen sein. Sie werden verzinst und müssen selbstverständlich nicht bei der Nationalbank gelagert werden»

Eine letzte Überlegung verdient Beachtung. Wer – wie der Autor dieser Zeilen – das Vollgeld-Projekt ziemlich gründlich analysiert hat, hat gute Gründe, die Vorlage abzulehnen. Es scheint

aber auch Sympathisanten zu geben, die das Projekt befürworten, weil sie darin nur einen – in ihren Augen notwendigen - Denkanstoss erblicken, es aber keinesfalls wortgetreu implementiert sehen möchten. Diese Gruppe von Denkanstössern wäre gut beraten, sich bewusst zu machen, erstens, dass die Vorlage einen sehr klaren Verfassungsauftrag erteilt und pragmatische, noch politisch auszutarierende Abschwächungen sehr rasch Verfassungsverletzungen darstellen würden, und zweitens, dass auf Finanzmärkten angekündigte Fundamentalreformen bereits weitreichende, schwer kontrollierbare Schockwirkungen entfalten, bevor ihr Inhalt auch nur endgültig definiert ist. Finanzmärkte warten nicht geduldig, bis alles klar ist; sie kennen keine Schwerkraft.

\* \* \*

Der Autor ist emeritierter Titularprofessor für Volkswirtschaftslehre der Universität St. Gallen. Der Artikel widerspiegelt, wie stets, seine persönliche Sicht.